



© TONI KRAUS

Am 1. Juni ist Kindertag. Wir finden, dass jeder Tag Kindertag sein sollte. Er erinnert uns daran, dass es unsere Verantwortung ist, Kindern ein stabiles Umfeld zu bieten, in dem sie ihre Persönlichkeit entfalten, lernen und wachsen können. Ihre Sicherheit, Gesundheit und ihr Wohlbefinden, unabhängig von der Herkunft, sind für uns tägliches Ziel.



© PRIVAT

Ich sag mal ...

„Das Leben der Eltern ist das Buch, das unsere Kinder lesen.“ Die Aussage von Augustinus Aurelius trifft nach wie vor zu.

Der 1. Juni ist der Internationale Kindertag, und ich sag mal: Das Buch der Erwachsenen ist aktuell nicht das beste, um Kindern Vertrauen, Mut und Selbstsicherheit zu schenken. Kinder bestimmen die Entwicklung der Gesellschaft, und es ist unsere Pflicht als Erwachsene, Kinder zu unterstützen, aber auch zu schützen. Kinder erleben ihre Welt in den unterschiedlichsten Facetten. Es ist ein Unterschied, wo ein Kind lebt, und Chancengleichheit hört sich gut an, wird aber nicht konsequent umgesetzt. Kinder wünschen sich eine Umgebung, die für sie und ihre Familien da ist, wo Freiraum und Kreativität gelebt werden dürfen.

Ich wünsche Kindern eine friedliche Welt. Eine Welt ohne Krieg und ohne Gewalt. Eine Welt, in der Kinder sich frei fühlen und individuell entwickeln dürfen. Eine Welt ohne Angst und mit motivierten Erwachsenen, die den Blick auf die Kinder richten und nicht ausschließlich auf sich.

Ich halte es da wie Erich Kästner: „Nur wer erwachsen wird und Kind bleibt, ist ein Mensch“. Alles Gute zum Kindertag!

CAMILLA SCHULER

Kein großer Wurf der „großen“ Koalition

Der neue Senat unter Kai Wegner lässt die Muskeln spielen. Aktivisten protestieren seit Mitte Mai in der Wuhlheide gegen eine neue Straße – die Tangentialverbindung Ost. Diese soll von der Spindlersfelder Straße in Köpenick bis zur Märkischen Allee in Marzahn führen. Die Räumung der Protest-Camps in der Wuhlheide durch die Polizei ist ein Akt hilfloser Symbolpolitik. Denn der Ideenreichtum der neuen Großen Koalition ist begrenzt.

Der Koalitionsvertrag liest sich eher wie eine Bestandsaufnahme als ein Plan für die Zukunft. Und die Konflikte sind vorprogrammiert. So

bekannt sich die Koalition dazu, Konzepte zur Umweltgerechtigkeit zu entwickeln. Wow. Wenn Berlin etwas braucht, sind es Konzepte. (Achtung Ironie.)

Wie wäre es, wenn man sofort im Abgeordnetenhaus ein Moratorium beschließt mit dem Ziel, die grünen Innenhöfe in Lichtenberg zu erhalten. Dazu braucht es kein Konzept. Immerhin hat die CDU mit der Forderung nach dem Erhalt von Grünflächen Wahlkampf gemacht. Und wie wäre es mit der Aufwertung der Außenbezirke? Bleibt zu hoffen, dass die Mittel für das seit über fünf Jahren

geplante Kulturhaus in Hohenschönhausen auch tatsächlich bereitgestellt werden.

Das 29-Euro-Ticket, mit dem sich die damalige Regierende Bürgermeisterin schmückte, ist schon längst Geschichte, eine Neuauflage ungewiss. Und die neue Wirtschaftsministerin Giffey hat angekündigt, die EXPO 2035 nach Berlin holen zu wollen. Statt Traumtänzerie zu betreiben, sollte sie besser den kleinen und mittleren Betrieben dabei helfen, die Zeiten explodierender Energiepreise mit gezielten Hilfen zu überstehen.

NORMAN WOLF

Rück- und Ausblick

Im Gespräch mit dem ehemaligen Bürgermeister Michael Grunst.



03

Soziale Krise

Wie Klimakrise und soziale Krise zusammenhängen.



04

Totengräber

Der neue Koalitionsvertrag ist ein Friedhof für Volksentscheide.



06

A 100

Alle Hebel nutzen, um den Ausbau der A 100 zu stoppen.



07

KURZ GEMELDET

KITAAUFWUCHS

Einen dreigeschossigen Kindertagesstättenneubau mit 130 Betreuungsplätzen errichtet der Berliner Eigenbetrieb Kindergärten NordOst in den nächsten beiden Jahren an der Ruschestraße 80. Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung erfordern sowohl der Bau als auch der spätere Alltagsbetrieb besondere Aufmerksamkeit. Ob die Kleinen gut aufgehoben sein werden, hängt nicht zuletzt vom erforderlichen Aufwuchs des bisher insgesamt 2 350 Mitarbeiter*innen umfassenden Betreuungspersonals des größten der fünf öffentlichen Kita-Träger ab.

GESCHICHTSBOTSCHAFTEN PERSÖNLICH

Ihre persönliche Beteiligung an der Lichtenberger Geschichte können auch Sie jetzt im Museum im Stadthaus in der Türschmidtstraße für die Nachwelt bewahren lassen. Archiv- und Sammlungsleiter Dr. Dirk Moldt sucht „Dinge aus der persönlichen Lebensgeschichte, Familiengeschichte oder der allgemeinen Zeitgeschichte. Alltägliches, Persönliches oder Historisches, vom Poesiealbum über die Schachtel mit dem Brautschmuck bis zum 80er-Jahre-Film“, könnten so seinen Platz in der Dauerausstellung WAS? WO? WER? WOW! finden. Ausgaben des 1991 von mir herausgegebenen „Lichtenberger Boten“ sind bereits dort hinterlegt.

JOACHIM PAMPEL

LICHTENBERGER FRAUEN* BEIRAT SUCHT MITGLIEDER

Der Beirat ist ein vom Bezirksamt berufenes überparteiliches und ehrenamtlich arbeitendes Gremium, das sich aus Frauen unterschiedlichen Alters und jeder ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität zusammensetzt und die Interessen von Lichtenbergerinnen vertritt. Frauen, die in Lichtenberg leben oder arbeiten, können sich bis zum 30. Juni mit einem Hinweis, in welchem Bereich sie sich engagieren möchten, Angaben zu ihrer Tätigkeit und relevanten Erfahrungen beim Bezirksamt Lichtenberg bewerben.

TATJANA BEHREND

■ Ansprechpartnerin ist die Gleichstellungsbeauftragte Eva Karpf, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin, E-Mail: eva.karpf@lichtenberg.berlin.de.

Verweile doch – neuer Roedeliusplatz lädt ein



Auf dem Trödelmarkt auf dem Roedeliusplatz haben Edeltraud Zahn und Carlo Heiland das eine oder andere Fundstück entdeckt.

Beim ersten Kiezflohmart auf dem Roedeliusplatz in Alt-Lichtenberg haben sich Edeltraud Zahn und Carlo Heiland jüngst am 13. Mai „gern umgeschaut und wohlgefühlt“. Sie wohnen und leben seit Jahrzehnten hier und nutzten die am „Tag der Städtebauförderung“ offizielle Einweihung des neuen Quartiersplatzes im Herzen des Fördergebietes Frankfurter Allee Nord (FAN).

Ein buntes Treiben herrschte auf der Terrasse vor der Koptischen Kirche. „Wir konnten Betreiber für 25 Stände gewinnen“, berichtet Leeni Prager. Die ehrenamtliche Projektleiterin Flohmart des FAN-Beirates, im Hauptberuf Erzieherin an der Selma-Lagerlöf-Schule, konnte sich be-

sonders auch der Unterstützung der koptischen Gemeinde erfreuen, die mit kulinarischen Leckerbissen die gastronomische Betreuung des Tages übernommen hatte. Leeni Prager hofft, dass der von vornherein „als kommunikativer Ort für alle Generationen“ konzipierte Platz weitere Veranstaltungsenthusiasten anzieht.

Anlaufpunkt für Touristen ist das Areal besonders, seitdem im Dezember vergangenen Jahres die Umgebung auf der Plattform der berlinHistory.app freigeschaltet worden ist. Ob die zahlreichen Erläuterungstafeln zum Verweilen einladen, bleibt den Besuchern vorbehalten. Nachdenklich machen sie den kritischen Beobachter allemal.

Die verbesserte fußläufige Verbindung in den nördlichen grünen Wohnkiez ist gelungen. Weil nach wie vor starker Verkehr auf der Alfred- und der Schottstraße herrscht, muss der Übergang von der Fanningerstraße zum neuen Begegnungsort grundsätzlich verbessert werden.

JOACHIM PAMPEL

Rentenunrecht endlich beseitigen

Seit Jahrzehnten kämpft DIE LINKE auf verschiedenen Ebenen dafür, bestehendes Rentenunrecht zu beseitigen. Genauso lange wurden die ununterbrochenen Bemühungen der Linken, so z. B. im Bundestag, durch die Regierungen rundweg abgelehnt.

Jetzt kreiße der Berg und gebar eine Maus. Die Bundesregierung brachte zum 16. Januar 2023 einen Fonds zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung auf den Weg. Dies nach 33 Jahren. Die Hoffnung auf eine „biologische“ Lösung hat nun die Koalition aus SPD, Grünen und FDP milde gestimmt.

Aber für wen und was soll hier eigentlich abgemildert werden? Grundsätzlich beschränkt sich die Regelung auf Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR, deren aktuelle Einkünfte nahe der Grundsicherung sind. Dies sind gegenwärtig 830 Euro netto (ohne Beiträge zur Pflege- und Krankenversicherung). Wer also mehr Einkünfte hat, wird nicht berücksichtigt.

Zudem wird der Kreis derer, die berechtigt sind, eingeschränkt.



Etliche Rentnerinnen und Rentner müssen mit jedem Euro rechnen.

Es handelt sich um Beschäftigte der Deutschen Reichsbahn, der Deutschen Post, aus dem Gesundheitswesen und Bergbau. Diese müssen jedoch mindestens zehn Jahre ununterbrochen dort beschäftigt gewesen sein. Darüber hinaus sind nach DDR-Recht Geschiedene nach einer mindestens zehnjährigen Ehe berechtigt, aus der mindestens ein Kind hervorgegangen sein muss.

Wer nun also dazu zählt, erhält auf Antrag eine Einmalzahlung von 2.500 Euro. Dies ist beschämend und völlig

unzureichend. Ich rate trotzdem dazu, diesen Antrag auf jeden Fall zu stellen. Dies muss bis zum 30.9.2023 bei der Deutschen Rentenversicherung geschehen. Die Antragsformulare können per Mail unter gst@stiftung-haerterfallfonds.de angefordert werden.

DIE LINKE wird nicht aufgeben dafür zu kämpfen, das weiter bestehende Rentenunrecht zu beseitigen. Wer soll dies sonst tun?

RALF SCHULTHEISS

Rückblick und Ausblick

Ein Interview mit dem ehemaligen Lichtenberger Bezirksbürgermeister Michael Grunst | Von Klaus Singer



Michael Grunst ist seit über 25 Jahren in der Lichtenberger Kommunalpolitik aktiv.

© ANTJE KIND

■ Was hast du als Bürgermeister für Lichtenberg erreicht?

Wir mussten die volle Arbeitsfähigkeit der Verwaltung wieder herstellen. Daher haben wir als erstes den Personalabbau in der Verwaltung gestoppt. Das Soziale stand immer im Mittelpunkt unserer Politik. Wir schufen Unterstützungsangebote für Alleinerziehende. Der Kampf gegen die Kinderarmut hatte Priorität. Wir haben tausenden Menschen, die vor Kriegen flohen, in Lichtenberg ein neues Zuhause gegeben. Über 7 000 Schulplätze und mehrere tausend Kitaplätze wurden neu geschaffen. Pro Jahr wurden 2 000 – vor allem bezahlbare – Wohnungen an den Start gebracht. Wir haben den Kulturretat verdoppelt, die Erinnerungskultur gestärkt. Nicht zuletzt haben wir die Pandemie bewältigt.

■ Was war dein größter Erfolg?

Wir sind mit dem Anspruch angetreten, dass jedes Kind, dessen Eltern es möchten, ein Kitaplatz erhält. Hier

befinden wir uns in Lichtenberg auf der Zielgeraden. Dank an unsere Jugendstadträtinnen Katrin Framke und Camilla Schuler. Und weil wir den Kita-Eigenbetrieben von Berlin für weitere kommunale Kitaplätze einen zweistelligen Millionenbetrag zusätzlich zu den Förderprogrammen bereitstellten.

■ Welche Aufgaben müssen in Lichtenberg noch erledigt werden?

Es müssen weiter Schul- und Kitaplätze entstehen. Bezahlbare Wohnungen müssen gebaut werden, und zwar so, dass uns unsere Enkel nicht in 30 Jahren fragen: Was habt ihr euch dabei gedacht, die letzten grünen Innenhöfe zuzubauen?

Unzufrieden bin ich mit der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur. Diese hält weder mit dem Bevölkerungswachstum noch mit den Erfordernissen an eine moderne Mobilität mit. Die grüne Verkehrssenatorin hatte zu sehr den Kampf gegen das Auto und die Innenstadt im Blick. Die

Wachstumsprozesse sind aber außerhalb des S-Bahnringes. Es braucht einen starken öffentlichen Nahverkehr, gute Radverkehrsanlagen, wenn ich Alternativen zum Auto anbieten möchte. Dazu gehört auch, dass endlich ein Fußwegesanierungsprogramm aufgelegt wird.

■ Warum war die CDU in Lichtenberg so erfolgreich?

Das Wahlergebnis der CDU in Berlin, vor allem außerhalb des S-Bahnringes, war Ausdruck einer Unzufriedenheit mit Teilen des Senats. Es kam auch viel Frust durch drei Jahre Pandemie dazu. Die CDU muss jetzt liefern. Sie wird an der Umsetzung jeder einzelnen der 170 Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag gemessen.

■ Was müssen wir in Zukunft besser machen?

Die Lichtenberger:innen schätzen unsere kommunalpolitische Kompetenz. Die Partei muss da sein, wo die Probleme und Sorgen der Menschen sind. Darin waren wir mal richtig gut.

Und nein, wir müssen es nicht allen recht machen. Wir brauchen ein klares soziales Koordinatensystem. Wir müssen politische Prozesse transparent machen und die Bürger:innen mit ihren Anliegen ernst nehmen. So können wir 2026 wieder stärkste Kraft werden.

■ Wie willst du dich in der Zukunft für DIE LINKE und Lichtenberg einsetzen?

Ich lebe seit 1980 in Lichtenberg und bin seit 1996 in der Partei. Da macht man die Tür nicht einfach zu. Mein erstes Projekt nach meinem Eintritt in die PDS war „Rock für Links“ in der Lichtenberger Parkaue. Darauf hatten viele Menschen über viele Jahre Lust. Ich möchte, dass DIE LINKE wieder stärker als Ort wahrgenommen wird, wo gemeinsam über Inhalte diskutiert und realistische Projekte mit den Menschen verabredet werden. Politik muss auch Spaß machen. So gewinnen wir auch neue Mitglieder. Darauf habe ich Lust.

Klimakrise und soziale Krise

Auszüge aus Gesines Rede zu einem CDU-Antrag zur Wärmewende

Die Klimakrise kann nur gelöst werden, wenn etwas gegen die soziale Krise getan wird. Marcel Fratzscher, der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, hat es analysiert: Im Jahr 2022 sind Heizung, Strom und Mobilität um fast 50 Prozent teurer geworden. Die Löhne sind nur um 4 Prozent gestiegen, die Renten um 5 Prozent, doch die Inflation lag bei 7 Prozent. Also haben die Menschen immer weniger Geld in der Tasche. Und man muss sich mal vorstellen: Fast 40 Prozent der Menschen in unserem Land haben überhaupt keine Ersparnisse ... Menschen mit geringem Einkommen trifft die Inflation doppelt bis dreimal so hart wie Menschen mit hohem Einkommen.

Diesen Menschen braucht man doch nicht zu erklären, dass eine Wärmepumpe eine gute Sache ist und Sie den Einbau anteilig fördern. Wenn jemand keine Ersparnisse hat, dann nutzt auch eine anteilige Förderung nichts. Das ist doch nicht so schwer zu verstehen, meine Damen und Herren.

Aber wenn es um Entschädigungen für stillgelegte Kohle- und Atomkraftwerke geht, werfen Sie mit dem Geld nur so um sich. Der Ausstieg wurde den Energiekonzernen vergoldet, und die Konzerne fressen Ihnen natürlich aus der Hand, wenn die Kasse stimmt. Wenn Sie zum Beispiel die Klimakrise für RWE zum Geschäftsmodell machen, wenn die Konzerne mit der Klimakrise Rendite machen

können, dann gibt es natürlich auch ordentlich Spenden an die Regierungsparteien.

Wir Linken fordern: Auch nach Heizungstausch und Gebäudedämmung darf die Warmmiete für die Mieterinnen und Mieter eben nicht steigen. Eigenheimbesitzer und Vermieter brauchen auskömmliche finanzielle Unterstützung. Genossenschaften, alle Wohnungsunternehmen, die weder Dividenden noch Gewinne ausschütten, sollen Förderungen für die notwendige Sanierung erhalten.

Die Vermögenden, die mit dem größten CO₂-Fußabdruck, müssen endlich ihren gerechten Beitrag zahlen. Wer über Pfingsten nach Bali fliegt, muss anders besteuert werden

als der, der mit seinem alten Benziner jeden Tag zur Arbeit fahren muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, von all dem finde ich nichts in Ihrem Antrag. Darum werden wir Ihren Antrag auch ablehnen. Er ist keine Grundlage für eine soziale Wärmewende. Wohnen und Heizen muss für alle bezahlbar werden; keiner darf im nächsten Winter in einer kalten Wohnung sitzen.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass mit Kriegen keine Probleme gelöst werden. Die größte Bedrohung für unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind Aufrüstung und Krieg, und darum sind Abrüstung und aktive Friedenspolitik der beste aktive Klimaschutz.

GESINE LÖTZSCH



Zum 90. Jahrestag der Bücherverbrennung trafen sich 500 Menschen auf dem Bebelplatz. Diesmal waren auch chilenische Genossinnen dabei. Sie erinnerten an den Putsch General Pinochets gegen die demokratische Allende-Regierung. Pinochet ließ u. a. auch das Buch Canto General von Pablo Neruda verbrennen.

Altkanzler Schröder scheitert mit Klage

Im Mai vergangenen Jahres beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages, Gerhard Schröder die finanziellen Mittel zum Unterhalt seines Büros zu streichen. Ausschlaggebend waren die Beziehungen Schröders zum russischen Staat. Ex-Bundeskanzlerinnen und -kanzler steht nach Ende der Amtszeit ein solches Privileg zu, weswegen Schröder Klage einreichte und zuletzt scheiterte. Grund genug, über die Sinnhaftigkeit dieser Privilegien zu diskutieren. Dr. Gesine Löttsch, haushaltspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, kommentiert hierzu: „Ich finde, wir brauchen eine generelle Entscheidung, kein Altkanzler braucht einen Hofstaat auf Lebenszeit.“

Zahl der Streiks nimmt zu

Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Streiks in Deutschland leicht zugenommen. Insgesamt beteiligten sich 930 000 Beschäftigte an den Arbeitskämpfen. Das sind 21 000 mehr als noch im Vorjahr. In der internationalen Arbeitskämpfstatistik befindet sich Deutschland weiterhin im unteren Mittelfeld. 2023 erlebten wir bereits große Streiks bei Post, Bahn und im öffentlichen Dienst. Vieles deutet darauf hin, dass die Zahlen also noch einmal übertroffen werden könnten. Grund dafür ist die Verschärfung der Verteilungskonflikte durch die Inflation bei gleichzeitiger Stärkung der Verhandlungsposition der Arbeiterinnen und Arbeiter durch den Fachkräftemangel.

Weniger Steuereinnahmen erwartet

Im kommenden Jahr werden vermutlich weniger Steuern eingenommen als bisher angenommen. Das Finanzministerium reduzierte die Schätzung um 30 Milliarden Euro. Finanzminister Lindner bekräftigte daraufhin noch einmal seinen Sparkurs und rief die Konsolidierung des Bundeshaushaltes zur Priorität aus. Dr. Gesine Löttsch kommentiert: „Das darf nicht zulasten der Menschen gehen, die das wenigste Geld in unserem Land haben. Da ist Umverteilung angesagt, und zwar Umverteilung von den Vermögenden, von den Reichen, von denen mit Übergewinn für die soziale Gerechtigkeit in unserem Land.“

MAX GALLE

10

ZAHLE DES MONATS

Schätzungsweise 2,4 Mio. Arbeitskräfte werden derzeit bundesweit um ihren Mindestlohn betrogen. 2,4 Mio. Mal wird damit Recht gebrochen. Die wenigstens Fälle werden aufgeklärt (in Niedersachsen etwa 0,2%). Als in der Corona-Pandemie im Schlachtkonzern von Clemens Tönnies die sklavischen Lebens- und Arbeitsverhältnisse seiner Leiharbeiter bekannt wurden, war der Aufschrei groß. Doch bei aller Empörung wäre wohl niemand auf die Idee gekommen, den Betrogenen so etwas wie einen Vertrauensverlust in ihren Arbeitgeber zuzusprechen.

Anders ist das, wenn eine Arbeitnehmerin ihren Arbeitgeber um zehn Minuten Arbeitszeit betrügt – so zumindest urteilte unlängst ein deutsches Landesgericht. Eine Beschäftigte, die während der Arbeitszeit Kaffee trinken geht, ohne sich auszustempeln, darf fristlos entlassen werden, wenn sie vorsätzlich handelt. In dem Fall ging es um eine Reinigungskraft, die von ihrem Chef dabei beobachtet und fotografiert wurde, wie sie kurz nach Einstempelung in das elektronische Zeiterfassungssystem einen Kaffee trinken ging. Weil sie ihre Verfehlung dem Chef nicht sofort eingestand, sondern zunächst leugnete, sei der Vertrauensbruch so enorm, dass er eine sofortige fristlose Kündigung rechtfertige, urteilte das Gericht – selbst wenn die Verfehlung nur zehn Minuten währte. Auch das Inklusionsamt hatte zuvor in die Kündigung eingewilligt. Der Arbeitgeber musste dessen Genehmigung einholen, weil die Frau schwerbehindert ist, also einen Behinderungsgrad von 50% hat.

TINKO HEMPEL

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch:
Dienstag, 6.6., 17 bis 19 Uhr
Anmeldung unter:
Telefon 99 27 07 25 oder
gesine.loetzsch@bundestag.de

FRAKTIONS-REPORT

Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg

Juni 2023



Gute Diskussionen, gute Ideen, gute Stimmung auf einer produktiven, erfolgreichen Fraktionsklausur.

Für ein liebens- und lebenswertes vielfältiges Lichtenberg

Am letzten Aprilwochenende trafen wir uns als Linksfraktion in der BVV Lichtenberg zu unserer Klausurtagung in den B.L.O.-Ateliers. Die neuen Gegebenheiten im Bezirk mit einer Zählgemeinschaft aus CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie einem CDU-Bürgermeister sind für uns als Fraktion und Partei eine Herausforderung. Wir müssen uns neu aufstellen und unser Profil noch einmal mehr schärfen. Mit einer konstruktiven Debatte zu Strategie, Inhalten, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation wurde in der Fraktionsklausur eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung gelegt. Dabei ging es vor allem darum, an die wichtige Arbeit im Bezirk anzuknüpfen. Wir führen auch weiterhin den Kampf gegen Armut und hier vor allem gegen Kinderarmut, für Alleinerziehende und eine gute Gesundheitsversorgung. Auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Stärkung des ÖPNV gehören dazu.

Gemeinsam mit dem Bezirksvorstand, unserer Bezirksstadträtin und stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin Camilla Schuler, den Bundestags- und Abgeordnetenhausmitgliedern unserer Fraktionen aus Lichtenberg, dem Know-how unserer Genoss*innen, ob in Funktion oder an der Basis und in den Ortsverbänden – es kann nur gemeinsam gelingen. Selbstverständlich sind wir auch mit den vielen Lichtenberger Initiativen im Austausch. Daher hat-

ten wir Vertreter*innen verschiedener Initiativen zu einer Diskussionsrunde - sehr gut moderiert von Halina Wawzyniak - eingeladen. Mit dabei waren die Bürgerinitiative „Joachimsthaler Carrée“, der ADFC Lichtenberg sowie die Initiative „A100 stoppen“. Die Themen, die auch wir in unserer kommunalpolitischen Arbeit weiter vertiefen wollen, bewegten sich von der Rettung grüner Innenhöfe über den Ausbau des Radnetzes bis hin zum Stopp des Baus der viel kritisierten Verlängerung der A 100 nach Lichtenberg.

Darüber hinaus müssen wir uns auch im Bezirk mit den brennenden Fragen zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels, den immer weiter steigenden Mieten und den Auswirkungen der Inflation noch deutlicher auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang auch mit dem sozialen Zusammenhalt in Lichtenberg und konkreten Unterstützungsangeboten. Zum einen geht es dabei um parlamentarische Initiativen, zum anderen darum, vor Ort wieder ein Stück mehr „Kümmererpartei“ zu sein. Vielerorts machen wir das schon. Es geht darum, das Gute, das wir haben, weiter auszubauen und die Forderungen aus den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen. Für sie da zu sein und mit ihnen gemeinsam die Bezirkspolitik zu gestalten.

ANTJE SCHIWATSCHEV

KOMMENTAR



Bestes Wahlergebnis für Camilla Schuler

Im vorigen „Fraktionsreport“ angekündigt – jetzt Realität. Camilla Schuler ist weiterhin unsere Stadträtin für Familie, Jugend und Gesundheit in Lichtenberg und seit dem 20. April zusätzlich die neue stellvertretende Bürgermeisterin unseres Bezirkes. Unsere meint natürlich: für DIE LINKE. Gewählt wurden an diesem Tag von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auch Martin Schaefer als Bezirksbürgermeister und Dr. Catrin Gocksch (beide CDU) als Stadträtin für Bildung, Kultur und Sport. Sehr erfreulich: Camilla fuhr das beste Wahlergebnis ein!

Bezirksstadträtin geblieben ist Filiz Keküllüoğlu (Bündnis 90/Die Grünen), sie wechselte allerdings den Geschäftsbereich und ist jetzt für Verkehr, Grünflächen, Ordnung, Umwelt und Naturschutz zuständig. Für das Ressort Bauen, Stadtentwicklung, Bürgerdienste, Arbeit und Facility Management ist nach wie vor Kevin Hönicke (SPD) verantwortlich.

Wenige Tage zuvor hat auch unsere Fraktion DIE LINKE in der BVV Lichtenberg gewählt, und zwar einen neuen Vorstand. Norman Wolf bleibt weiter Fraktionsvorsitzender, seine Co-Vorsitzende ist nun Antje Schiwatschew. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende stellten sich Samantha Jo Klug und Christian Petermann erfolgreich zur Wahl.

Antonio Leonhardt kandidierte nicht wieder als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, und ich bin nicht noch mal als Fraktionsvorsitzende angetreten. Beide bleiben wir aber dem Vorstand als Mitglieder erhalten.

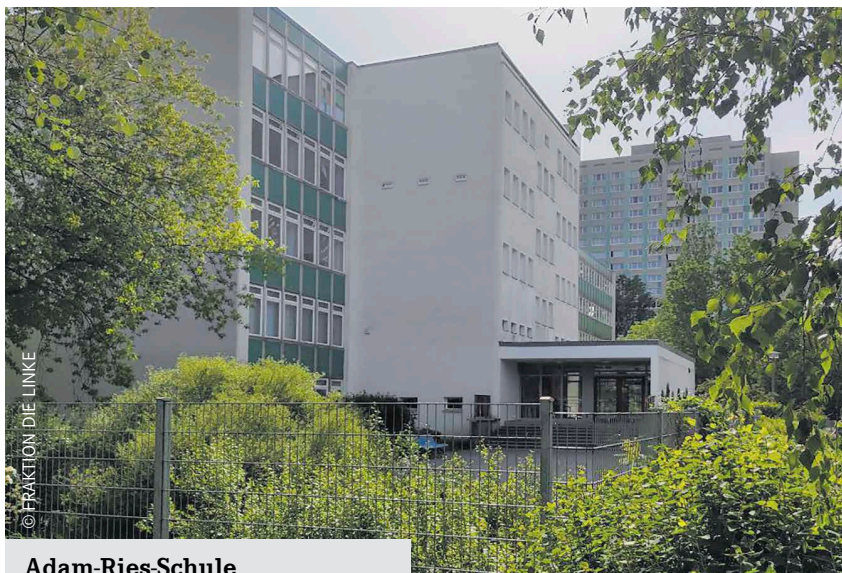
Der neue Fraktionsvorstand wird es nicht anders handhaben als der alte. Wir setzen alles daran, wieder stärkste Kraft im Bezirk zu werden und ganz viele unserer Vorhaben, zum Beispiel den Erhalt grüner Innenhöfe und den Ausbau von Radwegen im Bezirk, umzusetzen.

TATJANA BEHREND

Schulcontainer für die Adam-Ries-Schule

Die Schulplatzsituation rund um das Gensinger Viertel ist seit vielen Jahren angespannt. Immer mehr Familien mit Kindern ziehen zu. Die ansässige Adam-Ries-Schule platzt aus allen Nähten und fährt seit einigen Jahren mittlerweile deutlich über ihrer Kapazität. Die Schulgemeinschaft kämpft seither um einen Modularen

gend eine andere Lösung gefunden werden. Mit unserem Antrag „Schulcontainer für die Adam-Ries-Schule“ waren wir nun in der Bezirksverordnetenversammlung erfolgreich, entsprechende Container konnten vom Bezirksamt in Auftrag gegeben werden. Es ist zu hoffen, dass sich zum Schuljahr 2024/25 der dringend be-



Adam-Ries-Schule

Ergänzungsbau. Zahlreiche Flächen wurden überprüft, auf dem Schulhof selbst, auf dem gegenüberliegenden Parkplatz, aber keine passenden gefunden. Da der Schulbau im benachbarten Rosenfelder Ring noch auf sich warten lässt und die angrenzende Bürgermeister-Ziethen-Schule ebenfalls stark überfüllt und damit eine Verschiebung der Einzugsgebiete nicht möglich ist, musste drin-

nötigte Platz auf dem Schulhof findet. Wichtig bleibt, dass die Schule im Rosenfelder Ring kommt, und auch für die Bürgermeister-Ziethen-Schule muss eine schnelle Lösung gefunden werden. Wer sich entsprechende Containerbauten anschauen möchte, kann dies in der Salzmannstraße tun. Hier werden bereits Kinder aus Karlshorst in den hellen und modern ausgestatteten Räumen beschult.

CLAUDIA ENGELMANN

Drittligataugliches Stadion für den BFC Dynamo



Das BFC-Stadion soll drittligatauglich werden.

Nach Jahren des Stillstands hatte der damalige rot-rot-grüne Senat endlich die Entwicklung des Sportforums Hohenschönhausen angestoßen. Der Standort soll für den Spitzen- und Breitensport weiterentwickelt werden und sich gleichzeitig mehr zum Kiez öffnen.

Eine Forderung der LINKEN dabei: Bei der notwendigen Neugestaltung sind die Interessen des BFC Dynamo zu berücksichtigen. Der Verein braucht eine langfristige Perspektive am Standort und eine drittligataug-

Ein gelungenes Beispiel für Bürgerbeteiligung



Aktive Teilnehmer:innen und Unterstützer:innen des Projekts.

Das Jubiläum 50 Jahre Fennpfuhl war der Auslöser. Die Idee hieß am 10. September 2020 „Neugestaltung der Zugänge zum Anton-Saefkow-Platz“. Einen knappen Monat später stand sie als Antrag der Fraktion DIE LINKE auf der Tagesordnung der BVV. Ihre Fachausschüsse unterstützten das Anliegen, und am 18. Februar 2021 beschloss es die BVV. In die Umsetzung sollte das Bezirksamt die HOWOGE und den Bürgerverein Fennpfuhl einbeziehen.

Nun standen die praktischen Fragen zur Diskussion. Welche Zugänge, Gestaltungsmittel, wer übernimmt welchen Part der Aufgabe und auch, was kann oder wird das Ganze kosten? Die Federführung bei all diesen Themen lag beim Bezirk. Im Spätherbst schlug die Beauftragte für Kunst im öffentlichen Raum vor, sich mit einem Projekt bei der Senatsverwaltung für Kultur und Europa um Fördermittel zu bewerben. Das nötige Konzept entstand als Gemeinschaftswerk und konnte der zuständigen Kommission schließlich am 8. Februar 2022 vorgestellt werden. Ihre Be-

ratung hinterließ am Abend des Tages aber nur geringe Hoffnungen auf ein Erfolgserlebnis. Um so größer dann die Freude, als am 16. März die Botschaft eintraf, „ihr habt den Zuschlag bekommen“. Ein Wettbewerb wurde ausgeschrieben, 10 Künstler:innen nahmen teil, und die Jury kürte das Projekt „Maschine“ zum Sieger. Sein Autor, Niklas Roy, wohnt um die Ecke vom Fennpfuhl. Neben einer künstlerischen Ader besitzt er allerlei technische und handwerkliche Fähigkeiten, ist gut und vielseitig vernetzt und ein ausgesprochenes Kommunikationstalent. Beste Voraussetzungen also für ein erfolgreiches Projekt. Das Straßen- und Grünflächenamt und die HOWOGE bereiteten die Flächen vor, ein Tiny-Haus stand großen und kleinen Künstlern an der Maschine als Werkstatt zur Verfügung. Über 500 Motive entstanden u. a. im Park, bei den Kleinen Programmierern, im Nachbarschaftshaus Roberto. Umgesetzt von Niklas Roy und seinem Team – übergeben am 16. Mai 2023 und bis ins Detail auf www.maschinenmosaik.de nacherlebbar. RAINER BOSSE

liche Spielstätte. Hierzu hat die DIE LINKE bereits im Jahr 2022 einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg eingebracht. Selten erfuh einer unserer Anträge so viel Aufmerksamkeit wie diese Initiative für ein drittligataugliches Stadion. Viel Raum nahmen in der medialen Berichterstattung Teile der Fanszene und einzelne rechte Vorfälle ein. Dabei gerät in Vergessenheit, dass es sich bei diesen „Fans“ um eine Minderheit handelt und dass gerade ihnen nicht die Macht gege-

ben wird, über ein drittligataugliches Stadion für den BFC zu entscheiden. Der Stadionbau sollte nach objektiven Gegebenheiten diskutiert werden und keine Belohnung oder Bestrafung eines Vereins sein. Der neue Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD hat nun die Initiative der LINKEN aufgegriffen. Wir werden weiterhin Druck machen, damit der neue Senat auf seine Ankündigungen auch Taten folgen lässt.

ROBERT SCHNEIDER
ANTONIO LEONHARDT

Kampf um die grünen Höfe in der Ilsestraße nicht beendet



Unsere Verordneten Antonio Leonhardt, Tanja Behrend und Norman Wolf nehmen Maß. So gering wäre der Abstand vom Bestandsgebäude zum neuen Haus.

Am 23. April sind im Ilsekiez Luftballons aufgestiegen. Die Initiative „Rettet den Ilsekiez“ hatte eingeladen. Hintergrund ist die geplante Bebauung der grünen Innenhöfe durch die HOWOGE. In jedem Hof würden nach aktueller Planung jeweils drei Punkthäuser gebaut werden. Dazu kommt ein Gebäude mit Lückenschluss

entlang der Marksburgstraße. Eine „Schulscheune“ und eine Kita sind ebenso geplant. Insgesamt sollen zwölf neue Gebäude mit 237 Wohnungen entstehen. Über 80 Bäume werden direkt gefällt, dutzende Bäume sind gefährdet.

Mit Hilfe eines rot-weißen Absperrbands konnte man die Dimension der

neuen Häuser erahnen. Die aufgestiegenen Luftballons markierten die Höhe der neuen Häuser. Wir machten uns einen Eindruck davon und stellten fest: Die Abstände zu den Bestandsgebäuden lassen auf eine Bebauung schließen, die nicht nur das Grün zerstören würde, sondern eine maximale Verdichtung bedeutet.

Nach jahrelangem Kampf um die grünen Höfe (wir berichteten) und einem zuletzt absichtlich verzögerten Bebauungsplan sind die Möglichkeiten, die grünen Höfe zu erhalten, begrenzt. Wir fordern ein Moratorium für alle grünen Höfe in unserem Bezirk. Bis das Bebauungsplanverfahren in der Ilsestraße nicht abgeschlossen ist, müssen die Pläne auf Eis gelegt werden. Ebenso wird sich zeigen, ob vor allem die CDU ihr Versprechen halten kann. Sie stellt den Regierenden Bürgermeister. Ein Machtwort im Senat gegenüber der HOWOGE, eine sogenannte Gesellschafteranweisung, könnte die Pläne stoppen.

NORMAN WOLF

Habemus Gesamtkirchengemeinde Hohenschönhausen



Ines Schmidt, Toni Kraus (r) und Dirk Walls feierten die Vereinigung zur Gesamtkirchengemeinde Hohenschönhausen.

Am 23. April nahm Ines Schmidt, Abgeordnete des Berliner Abgeordnetenhauses, einen ganz besonderen Termin wahr: Zusammen mit Dirk Walls und dem Bezirksverordneten Toni Kraus hatte sie das Vergnügen, den festlichen Gottesdienst in der

evangelischen Kirchengemeinde Berlin-Wartenberg zu besuchen. Das schlicht-moderne Gotteshaus war bis auf den letzten Platz gefüllt, denn die Vereinigung der Hohenschönhaus-

ener Ortskirchen aus Malchow, Hohenschönhausen-Nord, Wartenberg und Alt-Hohenschönhausen wurde mit großer Freude gefeiert und zelebriert.

Nach dem ergreifenden Gottesdienst mit herausragendem Chorgesang begaben sich die Anwesenden zu Laib & Seele, der Lebensmittelspendenstelle direkt gegenüber, um gemeinsam zu grillen, zu speisen, zu trinken und sich miteinander auszutauschen. In dieser herzlichen Atmosphäre war es uns natürlich auch möglich, wertvolle Erkenntnisse für unsere politische Arbeit zu sammeln, bestehende Kontakte zu pflegen und neue zu knüpfen.

Wir sind dankbar für die Gelegenheit, an diesem bedeutsamen Ereignis teilgehabt zu haben und sprechen den Ortskirchen unsere besten Wünsche für eine harmonische und fruchtbare Zusammenarbeit aus. Wir sind zuversichtlich, dass wir in Zukunft gemeinsam an weiteren spannenden Projekten arbeiten können und freuen uns auf die kommenden Herausforderungen. TONI KRAUS

Der 8. Mai bleibt der Tag der Befreiung

Bundespräsident Richard von Weizsäcker war es, der – anders als all seine Vorgänger – am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag sagte, der 8. Mai 1945 sei der „Tag der Befreiung“ gewesen: „Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“



An vielen Orten wurde der Opfer des Faschismus gedacht.

Heute, im Jahr 2023, liegt die Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Rote Armee 78 Jahre zurück. In Lichtenberg ist es für DIE LINKE seit vielen Jahren gute Tradition, am 8. Mai der Opfer des Nazi-Terrors an unterschiedlichsten Erinnerungsorten zu gedenken.

Mitglieder unserer LINKEN-Fraktion in der BVV Lichtenberg waren wieder vor Ort und legten unter anderem an der Erlöserkirche in der Nöldnerstraße, an der Birke, dem Gedenkort für den Berliner Stadtkommandanten Nikolai Bersarin, am Ehrenmal in der Küstriner Straße und am Panzer im Museum Karlshorst Gestecke und Blumen ab. Die Orte mahnen, die Verbrechen und die Zerstörung durch das faschistische Deutschland nicht zu vergessen. Die Erinnerung muss wachgehalten werden!

Das alles wird durch den brutalen Angriff Russlands auf die Ukraine überschattet. Aber der 8. Mai bleibt der Tag der Befreiung. Und mehr denn je muss uns die Geschichte lehren und der Gedanke leiten: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

TATJANA BEHREND

DIE LINKE muss sich kümmern

Juliane Stubbe



Juliane Stubbe verteilt zusammen mit Michael Stadler Rosen zum Frauentag.

Wir trafen uns am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, zum Gespräch. Juliane hatte bereits Gedenkorte in Lichtenberg aufgesucht, die an die Rote Armee erinnerten, die Deutschland vom Naziterror befreite. Dieses Gedenken ist ihr sehr wichtig, auch in Zeiten des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Das Erinnern ist zugleich Mahnung, denn die faschistische Gefahr ist keinesfalls gebannt. Juliane berichtet vom ersten Todesopfer rechter Gewalt nach der Wiedervereinigung. Am 24. November 1990 wurde der Angolaner Amadeu Antonio in Eberswalde von einem rechten Mob ermordet. In dieser brandenburgischen Stadt wurde 1989 Juliane geboren. Dieser Mord hat den Ort bis heute geprägt. Es ist dort der Linken über Jahre gelungen, eine starke Szene zu etablieren. Juliane erzählt, dass sie behütet und eher unpolitisch in einer Arbeiterfamilie aufgewachsen ist. Ihre Mutter, eine Krankenschwester, und ihr Vater, ein Kfz-Mechatroniker, haben ohne tiefe Einschnitte die Wendewirren überstanden.

Nach dem Schulbesuch und Abitur zog Juliane 2009 nach Berlin-Lichtenberg. In der Hauptstadt begann sie, sich für Politik zu interessieren. Ein

Jahr später nahm sie ein Studium der Wirtschaftspädagogik an der Humboldt-Universität auf, das sie mit dem Bachelor abschloss. Schon während des Studiums wurde ihr bewusst, dass nur wenige Arbeiterkinder studieren, Klassenunterschiede wurden sichtbar. Und nicht nur das: Sie spürte zudem die Ost-West-Unterschiede. Um ihr Studium zu finanzieren, arbeitete Juliane nebenher in einem Callcenter, später im Online-Marketing.

2020, zwei Wochen vor dem Lockdown, trat Juliane in die Linkspartei ein. Sie nimmt ihre Mitgliedschaft sehr ernst, gerade jetzt, in der Zeit, in der die Partei um ihr politisches Überleben kämpft. Die Probleme in einer sich immer mehr spaltenden Gesellschaft nehmen zu. Dazu zählen u. a.: die neoliberale Wirtschaft, das Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen, das für den Großteil der Bevölkerung unerreichbar geworden ist, und das Erstarken der AfD. Gerade Lichtenberg als eine Hochburg der LINKEN darf trotz der Wahlverluste bei der Berliner Wiederholungswahl im Februar nicht aufgegeben werden. Ihrer Ansicht nach sollte es doch möglich sein, im Disput untereinander verschiedene Meinungen auszuhalten.

Juliane ist Sprecherin des Ortsverbandes 08 in Alt-Friedrichsfelde. Die Arbeit vor Ort ist komplizierter geworden. Dazu zählen das Sinken der Mitgliederzahlen, auch altersbedingt, der fehlende Mittelbau von Genossinnen und Genossen in der Altersklasse von 40 bis 60 Jahren und auch die Nachwehen von Corona. Seit kurzem ist Juliane zusammen mit Antonio Leonhardt stellvertretende Bezirksvorsitzende in Lichtenberg. Ihrer Meinung nach muss die Linkspartei wieder die Kümmerer-Partei werden, die sie einmal war. Die Kommunalpolitik sollte im Mittelpunkt stehen, die Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und in der Lichtenberger Fraktion sollten regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Einzelne Veranstaltungen dieser Art sind an der Basis gut angekommen. Wenn man Juliane zuhört, so wünscht man ihr viel Unterstützung für ihre Arbeit und ein solidarisches Miteinander. Die Frage, ob es auch ein Leben außerhalb der Parteiarbeit gibt, bejaht sie lachend. Sie liebt in Berlin – die Mischung der Kulturangebote, die Konzerte, Programmkinos und die Museen. Sie treibt regelmäßig Sport, und sie ist Leserin von nd und Freitag.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

15. Juni, 17 Uhr

Bezirksverordnetenversammlung, Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36. Auch im LiveStream: videotron.de/lichtenberg/

KULTURTIPP

MACHT RAUM GEWALT

Planen und Bauen im Nationalsozialismus

Das Bauwesen während der faschistischen Diktatur in Deutschland (1933-1945) durchdrang alle Lebensbereiche – nicht nur im Land selbst, sondern auch in den besetzten Gebieten – und besaß einen hohen ideologischen und propagandistischen Stellenwert. Die Diktatur bestimmte, wer wie leben oder sterben durfte. Gezeigt werden die menschenverachtenden Produktionsbedingungen. Das Bundesbauministerium hatte dieses Forschungsprojekt in Auftrag gegeben, eine geschichtliche Aufarbeitung, die sich sehen lassen kann. Folgende Themenfelder werden dargestellt: Wohnungs- und Siedlungsbau, Partei- und Staatsarchitektur, Lager, Infrastruktur und planerische Ordnung des Raums, Internationalität, Kontinuitäten in Städtebau und Architektur in Ost und West nach 1945 und bauliche Hinterlassenschaften. Verdeutlicht werden diese Themen anhand von Modellen, Fotografien, Filmen und Zeitdokumenten. Auch der Ausstellungsort selbst ist geschichtsträchtig. Hier arbeitete ab 1937 Albert Speer, der „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Berlin“.

DANIELA FUCHS

Akademie der Künste, Pariser Platz 4, 10117 Berlin
Di bis So 11 bis 19 Uhr, Eintritt frei, bis 16. Juli 2023

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf, Antje Schiwatschew

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss: 24. Mai 2023

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Kulinarischer Raum der Begegnung: Hohenschönhausen setzt Zeichen gegen Extremismus

Nach den rechtsextrem motivierten Kellerbränden wird uns wieder einmal vor Augen geführt, wie wichtig es ist, dass wir als Gesellschaft dieser Gefahr nicht erliegen, sondern entschlossen dagegen vorgehen. Hohenschönhausen ist stärker als der rechte Mob: Mit Kultur und Engagement tragen wir dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Extremismus entgegenzutreten.

Eines der positiven Beispiele findet im Kunsthaus 360° statt, direkt am Prerower Platz 10: Hier entsteht ein kulinarischer Raum der Begegnung. Queere Menschen unterschiedlicher Hintergründe kommen hier bald zusammen, können gemeinsam kochen und sich kennenlernen. Diese Initiative ist nicht nur eine Möglichkeit, kulturelle Vielfalt sichtbar zu machen, sondern auch ein starkes Zeichen gegen Hass und Intoleranz.

Das Angebot wird von einer begleitenden Fotoausstellung ergänzt, die lesbisches Leben in Lichtenberg dokumentiert. Diese Ausstellung, in Zusammenarbeit mit LesLeFam, trägt dazu bei, Barrieren abzubauen und Verständnis für die Vielfalt der Lebensweisen zu fördern. Sie ermöglicht es, einander zuzuhören und Vorurteile abzubauen.

Diese Initiative im Rahmen des Kultursommers ist ein leuchtendes Beispiel dafür, wie wir gemeinsam für eine tolerante und offene Gesellschaft eintreten können. Lasst uns

diese Chance nutzen, um Vorurteile zu überwinden, Menschen zusammenzubringen und eine solidarische Gemeinschaft aufzubauen, die friedlich für Respekt steht. TONI KRAUS



© ALEXANDER GREY ON UNSPLASH

Im Kunsthaus 360° entsteht ein kulinarischer Raum der Begegnung. Und der ist bunt.

Glücksmomente – 16. Lichtenberger Chorsommer

Dass Musik glücklich macht, ist unbestritten. Der Lichtenberger Chorsommer, traditionell vom Verein „Gemeinsam in Lichtenberg“ organisiert, garantiert auch in diesem Jahr wieder zwei Stunden Wohlfühlen in der Welt der Klänge und Genuss in mehrfacher Hinsicht: Klassik trifft Schlager, Jazz korrespondiert mit Volkslied, Blues fordert Musical heraus. Vier Lichtenberger Chöre, der kleine „Canzonetta-Kinderchor“, das Ensemble „La Musica“, der internationale Chor „Januschka“ und der Generationenchor „Frösi“ treten beim traditionellen Singen im Kulturhaus Karlshorst auf. Sie alle eint die Liebe zur Musik und das Interesse am eigenen Musizieren von Menschen unterschiedlicher Generationen und Nationalitäten. Ein Genuss sowohl für Sängerinnen und Sänger als auch für ihr Publikum.

Erstmalig werden auch drei erfolgreiche Teilnehmer des Landeswettbewerbs „Jugend musiziert“ von der Schostakowitsch-Musikschule ihr Können bei den musikalischen Zwischenspielen unter Beweis stellen. Wer weiß, vielleicht erlebt das Publikum des diesjährigen Lichtenberger Chorsommers den Beginn einer großartigen künstlerischen Laufbahn. Die Veranstaltung wird von der Vorsitzenden des Vereins „Gemeinsam in Lichtenberg“, Gesine Löttsch, moderiert.

MARION HEINRICH

Der Lichtenberger Chorsommer findet am 1. Juli von 15:00-17:00 Uhr im Kulturhaus Karlshorst statt. Der Eintritt ist frei.

Der Ofen ist aus



© HARTMUT SEEFELD

Bäcker Müller in Friedrichsfelde musste für immer schließen.

Ende, Schluss, vorbei. Am 26. Mai haben Bäcker- und Konditormeister Markus Müller und sein Team das letzte Mal ihre wunderbaren Brote und Brötchen, Kuchen und Torten in der Alfred-Kowalke-Straße 42 nahe dem U-Bahnhof Friedrichsfelde gebacken und verkauft. „Das ist für mich völlig unvorstellbar, das Haus existiert doch weiter“, zeigt sich nicht nur eine Kundin enttäuscht. Doch im Frühjahr scheiterten die Verhandlungen um einen neuen Mietpreis, den der Eigentümer des Hauses, ein 80-jähriger Privatier, aufgerufen hatte. Hinzu kommt, dass die Bäckerei für ihren Fortbestand auch noch einmal größere Investitionen in die Abluftanlage hätte stemmen müssen. Und da wären noch all die anderen schlechten Rahmenbedingungen, wie

die gestiegenen Energiepreise und die Inflation. Vielleicht hätte frühzeitiger öffentlicher Druck etwas bewirkt, aber politische Unterstützung hatte sich Bäckermeister Müller offenbar nirgends eingeholt. So verschwindet nun eine weitere jahrzehntealte Institution aus unserem Friedrichsfelder Alltag.

Apropos Institution. Vorbei ist auch die Zeit, dass sich Durstige eine gute Molle im Biergarten von „Sylvia’s Tagesbar“ schmecken lassen konnten. Die Wohnungsbaugenossenschaft „Solidarität“ hat mittlerweile das mit einer Art Blockhaus bebaute Grundstück am Friedrichsfelder Anger gekauft, wird das Gebäude abreißen, um dann dort ein dreigeschossiges Wohnhaus mit circa zehn Wohnungen zu errichten. HENDRIKJE KLEIN

Totengräber der direkten Demokratie

Unlängst scheiterte in Berlin der Volksentscheid „Berlin 2030 Klimaneutral“ deutlich am benötigten Quorum. Doch selbst wenn das Votum positiv beschieden worden wäre, die neue Koalition aus CDU und SPD hätte Wege gefunden, ihn zu beerdigen.



Der neue Koalitionsvertrag ist ein Friedhof für die Volksentscheide in Berlin. Gleich drei Plebiszite bekommen in dem Papier die Sargnägel eingeschlagen. Das jüngste Opfer ist der Volksentscheid zur Enteignung großer Immobilienkonzerne, der im Jahr 2021 mit einer Mehrheit von 59,1% befürwortet wurde. Bereits im Wahlkampf zeichnete sich ab, dass beide Parteien keinerlei Interesse an der Umsetzung haben.

Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ kommentiert die Pläne wie folgt: „Statt eines Vergesellschaftungsgesetzes will die Groko lediglich ein Rahmengesetz machen. Das ist wirkungslos, juristischer Unsinn und reine Verschleppungstaktik.“



Als wäre dies nicht genug, soll auch die Bebauung des Tempelhofer Feldes (Volksentscheid 2014 mit Mehrheit von 64,3%) „neubewertet“ werden, um eine Randbebauung zu ermöglichen. Mit der Wiedereinführung des Religionsunterrichts als Wahlpflichtfach unterstützt die Koalition ein Volksbegehren aus dem Jahr 2009, gegen das sich die Mehrheit der Stimmen aussprach.

MAX GALLE



Wer hat es erfunden?

Unsere Initiativen eignen sich offenbar auch für die Erwähnung im CDU-SPD-Koalitionsvertrag. Gleich zwei Punkte unserer Forderungen haben den Weg in das Papier gefunden. Auf Seite 116 findet sich folgende Passage: Die Koalition prüft darüber hinaus, ob mit der Errichtung von Typenschwimmhallen und temporären Bädern Versorgungslücken schnellst-

möglich geschlossen werden können. Was im Kreuzberger Prinzenbad möglich ist, sollte auch in Lichtenberg gehen. Unsere BVV-Fraktion beantragte erstmals im Juni 2022, über eine Senatsfinanzierung eine temporäre Schwimmhalle in Lichtenberg zu errichten. Die Kosten betragen nur einen Bruchteil der einer regulären Schwimmhalle. Zudem ist sie, wie der

Kinder müssen geschützt werden

Im Berliner Durchschnitt liegt der Anteil der Kinder in Bedarfsgemeinschaften nach SGBII bei 25 Prozent. Damit liegt Berlin über dem Bundesdurchschnitt. Die Einkommensarmut der Eltern wirkt sich auf deren Kinder aus, und es ist immer noch nicht gelungen, allen Kindern die gleichen Bildungschancen zu ermöglichen. Die Spirale der Chancengleichheit dreht sich weiter abwärts, Kinderarmut ist kein Schlagwort, sondern Tatsache. Trotzdem kommt das Wort „Kinderarmut“ nur genau zweimal im derzeitigen Koalitionsvertrag von CDU und SPD vor!

Laut Koalitionsvertrag möchten CDU und SPD auf „bestehenden Strategien zur Bekämpfung von Kinderarmut aufbauen“ und diese in einem „Bündnis für Chancengleichheit“ zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut interdisziplinär bündeln und koordinieren. Kita und Schulsozialarbeit sollen gestärkt werden, und im Bund soll für eine Reform und

damit einen erleichterten Zugang zu Transferleistungen geworben werden. Selbst wenn man diesen Versprechen Glauben schenkt, werden die tatsächlichen Ursachen nicht bekämpft!

Kinderarmut ist kein isoliertes Problem, sondern hat strukturelle Ursachen, die auch auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen hinweisen. Dazu gehören beispielsweise unzureichende Arbeitsbedingungen, prekäre Beschäftigung, ungleiche Verteilung von Ressourcen und fehlende soziale Sicherungssysteme. Die steigenden Mieten und die angespannte Wohnsituation in Berlin belasten vor allem einkommensschwache Familien. Die hohe Mietbelastung führt oft dazu, dass weniger finanzielle Mittel für andere Lebensbereiche, wie Bildung oder gesunde Ernährung, zur Verfügung stehen. Und gerade deshalb: Aus der Opposition haben wir den Auftrag, unsere Kinder zu schützen. Es lohnt sich zu kämpfen!

CAMILLA SCHULER



Name es verspricht, auch schnell aufgebaut. Eine Seite zuvor bekennt sich die neue Koalition: Das bestehende Stadion im Sportforum Hohenschönhausen wird mit dem Ziel der Drittligatauglichkeit ertüchtigt. Am 17. März 2023 beantragte unsere BVV-Fraktion, dass bei den Planungen für die Neugestaltung des Sportforums das bezirkliche Interesse an einem dritt-

ligatauglichen Stadion Berücksichtigung findet und eine Finanzierung der nötigen Umbaumaßnahmen durch den Senat von Berlin geprüft wird.

Wenn der neue Senat die Maßnahmen nun genauso schnell umsetzt wie die Koalition Forderungen von uns übernommen hat, dann wäre das gut für den Sport in Lichtenberg.

NORMAN WOLF

Berliner LINKE wählt erstmals Doppelspitze

Katina Schubert hat den Landesverband viele Jahre lang erfolgreich und mit höchstem persönlichen Engagement als Einzel-Vorsitzende geführt, nach fast sieben Jahren aber nicht erneut kandidiert.

Mit der neuen Doppelspitze aus Franziska Brychcy und mir stellt sich die Berliner LINKE neu auf, um für ein zukunftsfähiges Berlin in 2026 wieder Verantwortung zu übernehmen. Die Richtung ist klar: Angesichts der schwarz-roten Koalition wird DIE LINKE eine kämpferische Opposition gegen Verwertung, Privatisierung und den Ausverkauf der Stadt sein!

Wir arbeiten dafür, dass die Stadt für alle leistbar bleibt, dass niemand seine Wohnung verliert, dass für gute Arbeit gute Löhne gezahlt werden. Dabei werden wir als Landesverband besonders diejenigen in den Fokus nehmen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Wir dürfen die öffentliche Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen: Krankenhäuser, ÖPNV oder bezahlbare Wohnungen



Franziska Brychcy und Maximilian Schirmer sind die neue Doppelspitze der Berliner LINKEN.

müssen für die Menschen da sein und dürfen nicht als Investitionsanlage dienen. Dafür schlagen Brychcy und ich einen Dreiklang aus programmatischer Neuaufstellung, stärkerer Ein-

bindung von Vereinen, Gewerkschaften und Initiativen sowie einer breiten und diversen Mitgliederkampagne vor.

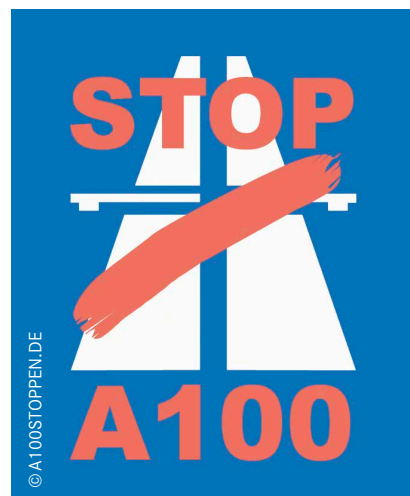
MAXIMILIAN SCHIRMER

A 100 stoppen – alle Hebel nutzen

Geht es nach SPD, CDU und FDP, soll der 1,8 Kilometer lange Weiterbau der A100 von der Eisenbrücke zur Storkower Straße unbedingt kommen. Das wurde in der Bundestagsdebatte am 9. Februar 2023 mehr als deutlich. Die von Gesine Lötzsch und Pascal Meiser vorgetragene zahlreichen Gegenargumente prallten an der Auto-Ideologie dieser Parteien ab. Die Kosten werden aktuell geschätzt.

Schon jetzt gehen viele Experten davon aus, dass der Weiterbau mindestens eine Milliarde Euro kosten würde. Das wären 555.555 Euro pro Meter. Dieses Geld sollten wir lieber in Kitas, Schulen, Solaranlagen, den öffentlichen Nahverkehr oder Krankenhäuser investieren.

Die Gesundheits- und Umweltfolgen wären katastrophal. Studien belegen, dass Menschen, die neben Autobahnen leben, ärmer, ungesünder und kürzer leben. Direkt betroffen wären allein in Lichtenberg die Nachbarn in der Frankfurter Allee Süd, im Kiez rund um die Parkaue und die Menschen in Fennpfuhl-Süd. Auch die Berliner CDU weiß das, denn interessanterweise setzt sie sich aktuell für den Abriss der Stadtautobahn am Breitenbachplatz ein. Ich frage mich: Warum ist der CDU die Lebensqua-



lität der Menschen in Wilmersdorf wichtiger als in Lichtenberg.

Um diesen Wahnsinn zu stoppen, müssen jetzt alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Das Einfachste wäre die Streichung der A100 aus dem Bundesfernstraßengesetz. Hier erwarte ich von den Grünen, dass sie nicht nur Sonntagsreden halten, sondern sich in der Ampel-Koalition durchsetzen. Wenn das nicht klappt, muss die A100 aus dem Flächennutzungsplan Berlins gestrichen und die Planungsbehörde wieder nach Berlin geholt werden.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG

Karlshorster Kneipenquiz

Warum heißt es eigentlich „Karlshorst“? Was lernte Gregor Gysi in seiner Ausbildung? Und wie sieht die Karl-Liebknecht-Brücke aus?

Diesen und weiteren Fragen rund um Berlin und Lichtenberg haben sich am 4. Mai in der Havana Bar die Besucher unseres ersten Linken-Kneipenquizes gestellt. Mit ca. 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und sieben Teams haben wir geraten und gequatscht.

Trotz der großen Bandbreite an Fragen konnten fast alle Teams ähnlich gut mithalten. Am Ende ist das Team „Los Presidentes“ als Sieger hervorgegangen. Natürlich wollen wir den Lesern die Antworten nicht vorenthalten: Der Name Karlshorst setzt sich zusammen aus dem Vornamen des ehemals hier ansässigen Gutsbesitzers Carl von Treskow, Horst steht für die sumpfige Bodenbeschaffenheit des Gebiets. Frage 2: Gregor Gysi ist gelernter Rinderzüchter.

Organisiert wurde der Abend vom OV10 Karlshorst und von der Linken Aktion Lichtenberg (LiA), um Menschen wieder näher mit der Partei zusammenzubringen. Eine Neuauflage ist bereits in Planung.

THOMAS UND LAURA

MIT RAT & TAT

TERMINE

- **5.6., 15 – 17 Uhr**
Kinderfest: „Macht jeden Tag zum Kindertag!“ mit Hendrikje Klein, Gesine Lötzsch und Heidi Reichinnek auf dem Heinrich-Dathe-Platz am Tierparkcenter
- **14.6., 19 Uhr**
LiA-Plenum, Geschäftsstelle Alfred-Kowalke-Straße 14
- **19.6., 18.30 Uhr**
Lesung mit Egon Krenz aus seiner Autobiographie; Nachbarschaftshaus, Ribnitzer Straße 1b
- **23.6., 17 Uhr**
Ausstellungseröffnung: „Schatten der Gesellschaft“ – Die Obdachlosen vom Bahnhof Lichtenberg Bilder von Sebastian Lörcher im Wahlkreisbüro Hendrikje Klein, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **24.6., ab 10 Uhr**
Hauptversammlung / Basiskonferenz; Trabrennbahn Karlshorst
- **26.6., 19 Uhr**
Bezirksvorstand, Geschäftsstelle, Alfred-Kowalke-Straße 14

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK 1**
Niederkirchnerstraße 5, Fon 01573 434 8586 oder dirk.walls@wk.linksfraktion-berlin.de
- **Claudia Engelmann, MdA, WK 3**
Gute Stube, Anton-Saefkow-Platz 4, Fon 285 084 07 oder team@claudia-engelmann.berlin
- **Sebastian Schlüsselburg, MdA, WK 4**
Casa del Popolo, Buggenhagenstraße 19, Fon 285 065 24 oder schlueselburg.wkb@linksfraktion.berlin
- **Hendrikje Klein, MdA, WK 5**
26.6., 17 – 18 Uhr, Wahlkreisbüro Alfred-Kowalke-Straße 14, Fon 985 653 62 oder team@hendrikjeklein.de

BERATUNGSANGEBOTE

- **Bürgerhilfe – Recht, Soziales, Miete** nach Vereinbarung, Ralf Schultheiß, Fon 992 707 25
- **Rechtsberatung** nach Vereinbarung, Antonio Leonhardt, Alfred-Kowalke-Straße 14, team@hendrikjeklein.de
- **Rechtsberatung jeden 4. Mittwoch im Monat** nach Vereinbarung im „Gute Stube“, Anton-Saefkow-Platz 4, team@claudia-engelmann.berlin

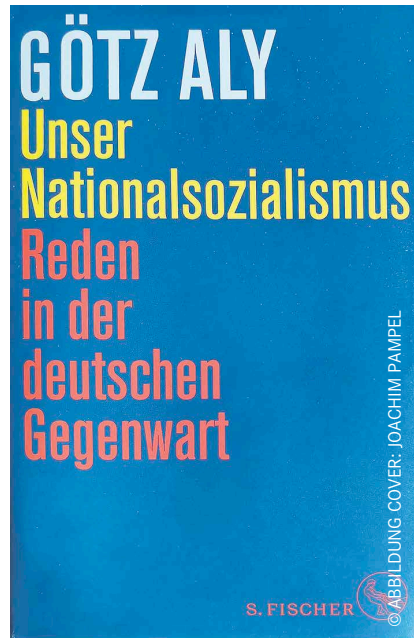
Vergangenes aktuell

Unser Nationalsozialismus? Leichte Verwirrung beim ersten Draufblick: Was soll das denn heißen? Unser? Ist doch vergessen, vorbei!

Mitnichten: Die jüngsten Debattentreiber um die Bedeutung des 8. und 9. Mai – „Ende des zweiten Weltkrieges“, „Tag der Befreiung“, „Tag des Sieges“ – wären gut beraten gewesen, sich auf den 272 Seiten sinnbildende Wege aus dem „Irrgarten Deutschen Gedenkens“ zu erschließen.

Ein Beispiel. Unter der Überschrift „1945 – Die Zwangsbefreiung der Deutschen“ wird ab Seite 17 in der Holocaust-Gedenkrede Götz Alys im Thüringer Landtag 2019 nachgewiesen, dass „die meisten Deutschen ... schwiegen“, von „Zusammenbruch“ oder der „Stunde Null faselten“. Später wurde mit der „Rede vom Neuanfang ... versucht ... die Verbrechen geschichtlich zu amputieren.“

Schließlich dokumentiert Aly, wie Bundespräsident Steinmeier dem politisch motivierten Unterschlagen der



Vergangenheit 2021 am 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion bescheinigt: „Die Helden der Sowjetunion sind auch unsere Helden“ (S. 163).

Was der renommierte Historiker

in den vergangenen Jahren immer wieder aus historischen Anlässen publizierte, ist hier nicht nur einfach gesammelt. Bei der Lektüre erschließt sich manche Einsicht über gesellschaftliche und geschichtliche Zusammenhänge. Geradezu philosophische Dimensionen erreicht die „Predigt zum Psalm 139 in Darmstadt 2018“ auf den Seiten 31 und 39. Aly zufolge beinhaltet der Begriff „olam – Weltzeit“ „den intergenerationellen Zusammenhang – die überschaubare Zeit zwischen unseren Urgroßeltern und Urenkeln ... und unserer Verantwortung im Diesseits“.

Und was könnte uns denn im gegenwärtigen überbordenden „Wendzeitgebaren“, in Krisen und Kriegsgewümmel nützlicher sein als mit Aly darüber nachzudenken, inwieweit „Verfluchen, Hassen und Todestrachten ... im Namen des ... angeblich ... Guten“ eben nicht doch „gerade das Böse legitimiert“?

JOACHIM PAMPEL

Fotorätsel



An welcher Adresse begegnet man dieser Holzschnitzskulptur, die den Namen „Der Wächter“ trägt?

Die fünf Gewinner, die von den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2023 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine Lötzsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums.

Einsendeschluss: 20. Juni 2023.

Antworten bitte an: gesine.lötzsch@bundestag.de oder Post an: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Lötzsch, MdB, Platz der Republik, 11011 Berlin.

Die Lösung des Mairätsels: Die Bronzeskulptur von Richter Werner steht am Altenhofer Dreieck, Altenhofer Straße 40/Sandinostraße.

Geschäftsstelle

DIE LINKE. Lichtenberg, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Öffnungszeiten:

- Dienstag 12 – 17 Uhr
- Mittwoch 12 – 17 Uhr
- Donnerstag 12 – 17 Uhr
- Freitag 12 – 17 Uhr

Telefon 512 20 47
info@die-linke-lichtenberg.de

info links wird herausgegeben von:

DIE LINKE, Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Fon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 516 592 42

Mail: info@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Camilla Schuler

Redaktionsschluss:

Ausgabe Juni, 23. Mai 2023

Die nächste Ausgabe erscheint am 6. Juli 2023.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck

Die info links kann man auch online abonnieren:

Interessent:innen melden sich bitte in der Geschäftsstelle.

Die info links wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:

DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg
IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803
BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck angeben:

810-503, info links, Ihr Name, Vorname

KIEZ

- **Mittwoch, 7.6., 14 Uhr**
Gisela Oechelhaeuser zu Gast, Kommunale Begegnungsstätte Karlshorst, Hönower Straße 30a
- **Sonnabend, 10.6., 11 Uhr**
Familiensamstag, Puppentheater Max Howitz „Vom Fischer und seiner Frau und Knut“, Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 2
- **Mittwoch, 14.6., 14:30 Uhr**
Lichtenberger Operettenkreis, „New York, New York“, US-amerikanischer Musikfilm, 1977, Vortragender: Klaus Jürgen Böhme, Kommunale Begegnungsstätte, Ruschestraße 43
- **Donnerstag, 29.6., 14 Uhr**
Sommerfest mit Moderator Sigg, Musik Hartmut Haker, Komiker Harry Wuchtig, Sängerin Sabine Denkinger, Kulturbeitrag: 10 € (Voranmeldung unter 971 062 51), Judith-Auer-Straße 8

POLITIK

- **Freitag, 9.6., 17 – 23 Uhr**
Nacht der Politik, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6

TANZ

- **Donnerstag, 22.6., 14 – 17 Uhr**
Sommertanz mit Michael Honza, auf 25 Teilnehmer begrenzt, Kulturbeitrag: 8 €, Kommunale Begegnungsstätte Warnitzer Bogen, Warnitzer Straße 8
- **Freitag, 23.6., 15 – 19 Uhr**
Sommerball der kommunalen Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren, Tribünenhalle Trabrennbahn Karlshorst, Eintritt: 15 €

LITERATUR & LESUNG

- **23.6., 19 Uhr**
LiteraturLive, Sven Stricker „Sörensen sieht Land“, Eintritt: 4 €, mit gültigem Bibliotheksausweis 3 €, Anna-Seghers-Bibliothek, Linden-Center, Prerower Platz 2

KINO

- **Mittwoch, 7.6., 17:30 Uhr**
Wir sind Champions, Cinemotion, Wartenberger Str. 174
- **Mittwoch, 28.6., 15 Uhr**
Seniorenkino: Mrs. Harris und ein Kleid von Dior, USA 2021, Cinemotion, Wartenberger Straße 174

MARKTTAG

- **Sonnabend, 10.6., 10 – 16 Uhr**
Stadtfarm Landschaftspark, Herzberge, Allee der Kosmonauten 16